

Wahlergebnis

Vorhersage

Egal wer die meisten Stimmen bekommt, einige Ergebnisse der Wahl am 23.2.2025 lassen sich schon jetzt erkennen. 80% der Einnahmen des Bundes sind Steuern. Das Institut der Deutschen Wirtschaft (DIW) hat mal geschätzt, welche finanziellen Auswirkungen die Parteiprogramme¹ hätten.

Die Einnahmen sänken zwischen 11 (SPD) und 188 Milliarden (FDP). Das ifo-Institut kommt unter Berücksichtigung von Transferleistungen (z.B. Kindergeld, Bürgergeld...) auf ein Minus von 8 (SPD) bis -199 Milliarden (FDP). Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) kommt zu dem Schluss, dass der Staat bei BSW und Grünen 4 Milliarden mehr einnahme, bei der SPD 1 Milliarde, während Union, AfD und FDP (-116 Milliarden) ein erhebliches Minus erzeugten.

Dass diejenigen, die am großzügigsten beim Schulden Anhäufen wären, zugleich auch die Reicheren bevorzugen würden, wundert wenig.

Aber da wohl keine Partei ohne Partner auskommen wird, läuft es auf Kompromisse hinaus, die vielleicht die Höhe der versprochenen Ausgaben senken könnten. Allerdings kann man an Hand der Bereitschaft große Summen im Sinne der jeweiligen Parteien auszugeben auch erkennen, dass selbst die FDP wohl kaum die Schuldenbremse, die im Gesetz fest gelegt ist, einhalten wird.

Kurz: Die meisten Parteien planen auf Pump zu leben, was nicht besonders seriös ist.

Aus all dem kann man schließen, dass die Einnahmen des Bundes für die vollmundigen Versprechen nicht reichen werden, der Spielraum der Regierung also ziemlich klein sein wird.

Wenn man dann noch bedenkt, dass die Weltpolitik es nötig macht mehr Geld in die Verteidigung zu stecken (Trump, Putin und Andere), dann sinkt der Spielraum der nächsten Regierung noch weiter.

Damit wird es wohl kein großes Investitionsprogramm für die Wirtschaft geben, wie diese es fordert. Die Haltung der Wirtschaft ist aus zwei Gründen fragwürdig:

1 <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/faktenfuchs-wahlarena-mit-csu-spd-gruene-und-fdp.UcVb6PV>

1. Zu sagen, dass man dann investieren werde, wenn der Staat etwas dazu gibt, sei es als Subventionen, sei es als Aufträge, ist eine Vollkasko-Mentalität, die so tut, als ob Unternehmer kein Risiko eingehen müssten. Das ist eine Art unternehmerischer Offenbarungseid!
2. Die Wirtschaft behauptet, dass es dem Land gut gehe, wenn es der Wirtschaft gut geht. Das missversteht die Rolle der Wirtschaft. Sie sollte dem Land und seinen Bürgern dienen und um so mehr verdienen, je besser sie das tut. Heute wird oft nur noch das angepackt, bei dem man möglichst kein Risiko eingeht, aber die Gewinne sicher sind. Wenn man sieht, wie viele Stellen zur Zeit wegfallen sollen, damit die Bilanzen geschönt werden (VW, Porsche, Daimler), oder der Gang an die Börse leichter wird (Continental), dann werden dabei Mitarbeiter, die bis heute zum Erfolg des Unternehmens beigetragen haben, auf den Altar des Kapitalismus "geopfert" oder dem Staat als Kostgänger (Arbeitslose) überlassen.

Dass es der Wirtschaft gut gehen müsse, damit auch diejenigen, die den Wohlstand erarbeitet haben ein paar Brosamen davon abbekommen, ist unredlich und soll verschleiern, dass andere sich ein wesentlich dickeres Stück vom Kuchen abschneiden.

Selbstverständlich gibt es einen Zusammenhang zwischen der Leistung der Arbeitenden und dem Wohlstand. Aber der Erfolg von Firmen hängt eben auch von den Führenden ab, ob die zur rechten Zeit die richtigen Entscheidungen trafen (an denen die Arbeitenden oft wenig beteiligt werden, also auch nicht schuld sind).

Das Beispiel der Autobranche zeigt, dass man erst das Auslaufen des Verbrenners so lange, wie möglich verhinderte, dann staatliche Förderung wünschte und als die eingestellt wurde, über sinkende Verkäufe klagte. Dass man sogar vor Betrug (Abgasskandal) nicht zurück schreckte, um seine Gewinne zu erhöhen, zeigt das moralische Niveau dieser Branche. Aber ausbaden müssen es jetzt die Mitarbeiter! Und auch der Staat, denn wenn in der Regel gut bezahlte Arbeitsplätze verschwinden, dann sinken auch die Steuereinnahmen des Staates und damit sein Handlungsspielraum.

Am Beispiel der Deutschen Bahn sieht man zudem, dass die Instandhaltung über Jahrzehnte vernachlässigt wurde (3 CSU-Verkehrsminister). Dasselbe gilt für Brücken, Schulen, Hochschulen, Bildung, Krankenhäuser, Kindertagesstätten, oder den öffentlichen Nahverkehr. Bedenkt man dann noch, dass es in vielen Bereichen nicht genügend Personal gibt, weil man sich mehr vorgenommen hat, als man mit den vorhandenen Menschen schaffen kann, dann ist klar, dass das nicht mehr lange gut gehen wird. Die Bahn war ein umweltfreundliches, pünktliches und sehr effizientes Mittel um vielen Menschen notwendige Reisen zu ermöglichen. Jetzt ist sie weder pünktlich, noch effizient und kann die ihr zuge dachte Rolle bei der ökologischen Verbesserung des Verkehrs oft gar nicht mehr leisten.

Ähnlich ist es beim Wohnen, das, seit der Abschaffung gemeinnütziger Wohnbaugesellschaften durch Helmut Kohl (CDU), immer teurer und schwieriger wurde, weil keine preisgünstigen Wohnungen mehr gebaut wurden.

Wenn also einerseits das Geld in Form von Steuereinnahmen fehlt und andererseits Menschen, die notwendige Aufgaben übernehmen könnten, dann kann die Politik viel beschließen, sie wird bestenfalls ziemlich kleine Brötchen backen können.

Das wäre vielleicht nicht so schlimm, wenn nicht einerseits ein großer Stau an notwendigen Maßnahmen entstanden wäre, der stetig weiter wächst und andererseits der Klimawandel uns zusätzliche Aufgaben aufzwingen könnte, mit denen wir bisher nicht gerechnet haben (Hochwasser, Hitzewellen, Ausfall von Technik). Auch, wenn während Hitzewellen die Menschen in kühle, weil klimatisierte Museen flüchten, oder Hochwasser ihre Wohn- und Arbeitsräume ruiniert, kostet das mehr, als bisher. Vom menschlichen Leid und den Gesundheitsgefahren mal ganz abgesehen.

Es ist daher nach der Wahl damit zu rechnen, dass einerseits wenig wirklich Hilfreiches geschehen wird, sondern dass man sich auf symbolische und populäre Maßnahmen beschränken wird, die möglichst nichts kosten, aber viel Wind machen und den Menschen Sand in die Augen streuen. Ein wirksames Anpacken der dringendsten Probleme ist nicht zu erwarten. Schade.